

Migrations- und Asylpolitik im Spannungsfeld von Humanität und Ordnung

Susanne Schmid

Die Migrations- und Asylpolitik steht seit Jahrzehnten im Spannungsfeld zweier zentraler Prinzipien: Humanität und staatlicher Ordnung. Während einerseits das Gebot der Menschenwürde, der Schutz von Geflüchteten und die Hilfe für Verfolgte als moralische und völkerrechtliche Verpflichtung gelten, stehen diesen Anforderungen andererseits die Erfordernisse staatlicher Souveränität, der Kontrolle von Migration und der inneren Sicherheit gegenüber. Dieses Spannungsfeld ist kein neues Phänomen, gewinnt jedoch angesichts globaler Fluchtbewegungen, geopolitischer Krisen und zunehmender politischer Polarisierung an Brisanz.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Dynamik zwischen humanitären Imperativen und ordnungspolitischen Anforderungen zu analysieren und die daraus resultierenden Zielkonflikte in der Gestaltung migrationspolitischer Maßnahmen sichtbar zu machen. In einem weiteren Schritt werden kurz-, mittel- und langfristige Handlungsoptionen hin zu einer ausgewogenen und weitsichtigen Asyl- und Migrationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene aufgezeigt.

1. Begriffsklärung: Humanität und Ordnung

Der Begriff „Humanität“ verweist auf die ethische Verpflichtung zur Wahrung der Menschenwürde, zum Schutz von Leben und Freiheit sowie zur Hilfe für Menschen in Not. Im migrationspolitischen Kontext wird Humanität unter anderem durch folgende Normen konkretisiert:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 14): Recht auf Asyl
- Genfer Flüchtlingskonvention (GFK): Definition und Schutz von Flüchtlingen
- Non-Refoulement-Prinzip (Art. 33 GFK): Gebot der Nichtzurückweisung
- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK): Schutz vor unmenschlicher Behandlung
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Art. 18 und 19): Recht auf Asyl und subsidiären Schutz
- Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)¹
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 1 und Art. 16 a GG): Unantastbarkeit der Menschenwürde und Asylrecht für politisch Verfolgte.

1. BMI: Das Gemeinsame Europäische Asylsystem, 2025.

Humanität ist somit nicht nur ethischer Anspruch, sondern völkerrechtlich und grundrechtlich verbindlich. Sie fungiert als normative Leitlinie zur Gewährleistung menschenrechtsbasierter Schutzstandards, ist jedoch stets an staatliche Steuerungs- und Durchsetzungskapazitäten gebunden.

„Ordnung“ bezieht sich auf die Fähigkeit des Staates, Migration zu kontrollieren, öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, die Integrität des Rechtsstaats zu schützen und gesellschaftliche Stabilität zu sichern. Sie manifestiert sich migrationspolitisch in:

- Grenzschutz und Visapolitik
- Regelungen zu Einreise, Aufenthalt und Integration
- Instrumenten zur Bekämpfung irregulärer Migration.

Ordnung dient dabei nicht nur behördlicher Effizienz, sondern auch dem Schutz des Gemeinwohls.

2. Spannungsfelder im migrationspolitischen Kontext

Die beiden Prinzipien Humanität und Ordnung sind nicht per se widersprüchlich, können jedoch in Konflikt geraten, wenn beispielsweise humanitäre Maßnahmen als Treiber irregulärer Migration gesehen werden oder wenn ordnungspolitische Maßnahmen zu menschenrechtswidrigen Konsequenzen führen. Die Herausforderung besteht somit darin, beide Prinzipien in einer ausgewogenen Migrationspolitik zu vereinen. In der Praxis lassen sich unter anderem folgende wiederkehrende Spannungsfelder erkennen (Tab. 1):

- *Grenzschutz*: Einerseits sollen Grenzen kontrolliert und irreguläre Einreisen verhindert werden, andererseits muss der Zugang zu Asylverfahren möglich sein.
- *Asylverfahren*: Das individuelle Recht auf Asyl muss garantiert sein, gleichzeitig besteht der Wunsch nach schneller, effizienter und rechtssicherer Asylantragsbearbeitung.
- *Abschiebung*: Während Staaten das Recht haben, abgelehnte Asylbewerber zurückzuführen, stehen Abschiebungen häufig in Konflikt mit dem Schutz vor unmenschlicher Behandlung im Herkunftsland.
- *Resettlement*: Aufnahmeprogramme dienen dauerhafter Schutzgewährung, internationaler Solidarität und humanitärer Krisenbewältigung. Im Aufnahmeland zeigen sie Steuerungs- und Kapazitätsgrenzen auf.

Tabelle 1: Beispiele migrationspolitischer Spannungsfelder

Politikfeld	Humanitäre Perspektive	Ordnungspolitische Perspektive
Grenzschutz	Zugang zu Asylverfahren ermöglichen	Irreguläre Einreisen verhindern
Asylverfahren	Faire Einzelfallprüfung	Schnelle Entscheidung, ggf. Abschiebung
Abschiebung	Schutz vor Gefahr im Herkunftsland	Durchsetzung abgelehnter Asylanträge
Resettlement	Solidarität und Aufnahme	Kapazitätsgrenzen und Steuerung

Diese Spannungsfelder sind Ausdruck konkurrierender normativer Ansprüche an moderne Einwanderungsländer. Sie führen zu politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, wobei die Prioritäten je nach politischer Ausrichtung, sicherheitspolitischem Kontext und öffentlicher Meinung unterschiedlich gesetzt werden.

3. Dynamisches Ausbalancieren von Humanität und Ordnung

Die Ambivalenz zwischen Humanität und Ordnung offenbart einen klassischen Zielkonflikt der Migrations- und Asylpolitik: Einerseits verpflichtet das Völkerrecht zur Aufnahme von Schutzsuchenden, andererseits besteht das legitime Interesse des Staates, über Art, Umfang und Bedingungen der Zuwanderung selbst zu entscheiden. Bürgerlich-konservative politische Ansätze, wie von der CSU vertreten², argumentieren, dass Humanität ohne Ordnung zu institutioneller und gesellschaftlicher Überforderung und damit zum Legitimitätsverlust führen kann. Im CSU-Grundsatzprogramm von 2023 wird hierzu ausgeführt: „Wer schutzberechtigt ist, kann sich auf Deutschland verlassen. Die CSU steht für einen klaren Dreiklang: Humanität bei der Aufnahme, Ordnung im Verfahren und Begrenzung der Zuwanderung. Damit bleibt Solidarität erhalten und Integration kann gelingen.“³

Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015/2016 hat deutlich gemacht, dass eine unkontrollierte Zuwanderung das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und Integrationsprozesse erschwert. Ein funktionierendes Asylsystem setzt somit ordnungspolitische Strukturen voraus: Nur wer imstande ist, irreguläre Migration zu kontrollieren, kann legale Zugangswege eröffnen. Umgekehrt wird Ordnung nur legitim, wenn sie sich an humanitären Standards misst.

2. CSU 2016, S. 14-15; CSU 2023, S. 72-75.

3. CSU 2023, S. 60.

Es lässt sich festhalten: Eine rein humanitätsorientierte Migrationspolitik ohne ordnungspolitische Flankierung ist dysfunktional. Langfristig erfolgreiche Integration beruht auf klaren rechtlichen Rahmenbedingungen und Steuerungssystemen. Der bürgerlich-konservative Diskurs fokussiert dabei auf:

- Unterscheidung zwischen Asyl- und Arbeitsmigration
- Stärkung der Rückführungskapazitäten
- Grenzschutz durch europäische Zusammenarbeit
- Integration als Leistung auf Gegenseitigkeit.

Diese Position ist weder menschenfeindlich noch populistisch, sondern fußt auf der Prämisse staatlicher Verantwortung für das Gemeinwesen. In christlich-konservativer Perspektive ist der Staat nicht in erster Linie moralischer Akteur, sondern ordnungspolitischer Garant.

„Solidarität“ ist ein weiterer wichtiger Baustein, der neben Humanität und Ordnung die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt bildet, indem er auf gegenseitiger Unterstützung und dem Bewusstsein für gemeinsame Werte oder Lagen basiert. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre die nachhaltige Integration von Zugewanderten nicht möglich.

3.1 Entwicklung der Asylgesuche in Deutschland seit 1953

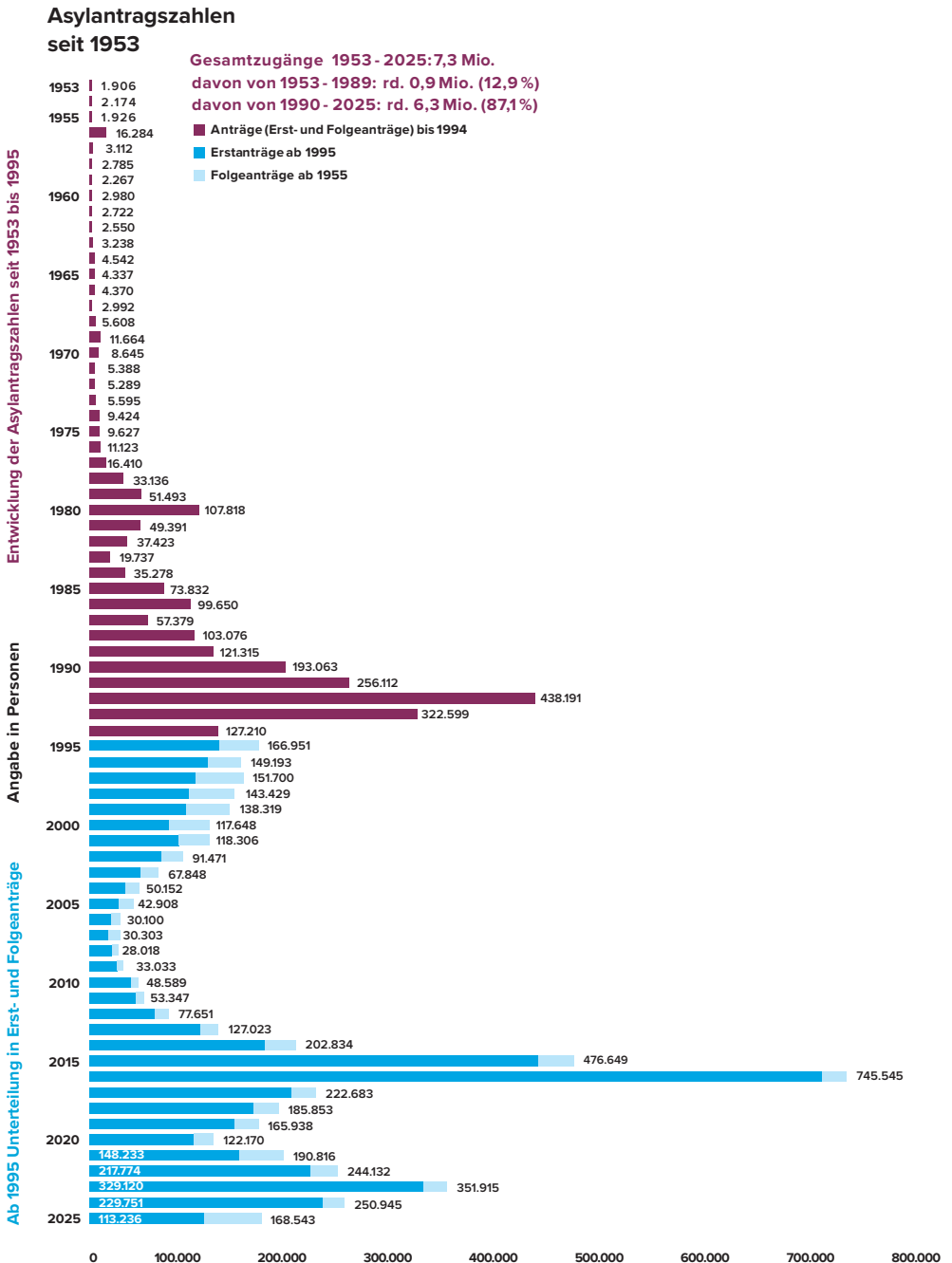
Die Voraussetzungen für die Aufnahme politisch Verfolgter sowie anderer schutzsuchender Personen sind in Deutschland in Art. 16 a Grundgesetz (GG), im Asylgesetz (AsylG) sowie in § 60 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Über die Asylanträge entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Seit seinem Bestehen (1953) stellten rund 7,3 Millionen Menschen in Deutschland einen Asylantrag, davon 6,3 Millionen seit dem Jahr 1990.⁴

Abbildung 1 veranschaulicht die historische Entwicklung der Asylgesuche charakterisiert durch zwei große „Ausschläge“: Im Jahr 1992 wurden aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion und des Jugoslawienkrieges erstmals in Deutschland rund 440.000 Asylanträge registriert. Nach einer Grundgesetzänderung (Art. 16 a GG) im Zuge des sogenannten Asylkompromisses von 1993 verringerten sich die Anträge Mitte der 1990er Jahre erheblich. Der niedrigste Wert wurde im Jahr 2008 mit rund 28.000 Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge) verzeichnet. In den Folgejahren zeigte sich erneut eine deutliche Steigerung der jährlichen Zugänge. Der höchste Jahreswert seit BAMF-Gründung wurde 2016 mit insgesamt knapp 746.000 Asylanträgen registriert. Nach einem anschließenden Rückgang bis 2020, stiegen die Asylzugangszahlen bis 2023 erneut, während sie ab 2024 wieder rückläufig waren.

Im Jahr 2024 haben insgesamt rund 251.000 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Im Vergleich zum Vorjahr (352.000) ergab sich ein Rückgang um fast 30 Prozent. Dennoch ist der Jahreswert 2024 der siebthöchste seit 1953. Im Jahr 2025 war eine erneute Abnahme

4. BAMF: Bundesamt in Zahlen, 2025, S.16f; BAMF: Aktuelle Zahlen, 2026, S. 5.

Abbildung 1: Anzahl der in Deutschland gestellten Asylanträge seit 1953, in absoluten Zahlen



der Asylzahlen um 33 Prozent (169.000) gegenüber 2024 zu verzeichnen. Begründen lässt sich der Rückgang mit einer restriktiveren Migrationspolitik und internationalen politischen Entwicklungen, wie dem Sturz von Baschar al-Assad in Syrien.

Die rund 1,3 Millionen Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine mussten in Deutschland kein Asylverfahren durchlaufen, weshalb sie in der Asylstatistik nicht ausgewiesen werden.

3.2 Beispiel Deutschland: Steuerung statt Überforderung

Deutschland steht exemplarisch für das Spannungsfeld zwischen humanitärem Anspruch und ordnungspolitischer Realität. Nachdem 2015/2016 durch die temporäre Grenzöffnung eine „humanitäre Überlastungssituation“ entstand, folgten zeitnah politische Korrekturen in Form von:

- Asylpaket I & II (2015-2016)
- Einstufung „sicherer Herkunftsstaaten“ (2015)
- Verschärfte Abschiebep Praxis (2015)
- Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze (2015)
- Schließung der Balkanroute (2016)
- Temporäre Begrenzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (2016)
- EU-Türkei-Abkommen (2016)
- Einrichtung von Ankunftscentren und AnKER-Einrichtungen (2018).

Diese Maßnahmen wurden parteiübergreifend unterstützt, jedoch besonders von der CSU vorangetrieben, mit dem Ziel, dauerhafte Steuerung und Kontrolle wiederherzustellen.

Das Spannungsverhältnis zwischen Humanität und Ordnung ist ein strukturelles Element migrationspolitischer Entscheidungsprozesse. Bürgerlich-konservative Ansätze fordern zu Recht ein Primat der Steuerung – nicht zur Abschottung, sondern zur Wahrung gesellschaftlicher Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Die amtierende Bundesregierung initiierte 2025 unter dem Motto „Migration ordnen, Steuerung verbessern“⁵ wesentliche Maßnahmen einer konsequenteren Migrationspolitik:

- Verringerung irregulärer Migration, insbesondere durch Zurückweisungen
- Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten
- Steigerung der Anzahl von Rückführungen
- Konsequente Ausweisung von Straftätern und Gefährdern
- Verstärkter Abschluss von Migrationsabkommen
- Beendigung freiwilliger Aufnahmeprogramme
- Begrenzung regulärer Migration im Rahmen der Westbalkan-Regelung
- Befristete Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten
- Beschleunigung von Asylverfahren.

5. BReg: Schwerpunkte, 2025.

Die Agenda von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt steht unter dem Leitgedanken: „Mit Humanität und Ordnung: Die Migrationswende“.⁶ Seine migrationspolitische Neustrukturierung fußt auf einer Kombination von nationalen und europäischen Maßnahmen. Hierbei gilt es globale Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Zusammenhalt gleichermaßen zu berücksichtigen. Denn nach wie vor lautet die Schlüsselfrage: Wie kann eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik implementiert werden, die der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas ebenso gerecht wird wie einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf findet?

4. Die Migrations- und Asylpolitik der Zukunft

Um sich dem vielschichtigen Themenkomplex von Migrations- und Asylpolitik stellen zu können, ist ein multiperspektivischer, interdisziplinärer und offener Diskurs unabdingbar. Gefragt sind hierbei ehrliche Analysen und eine Politik mit Augenmaß. Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung hat es sich daher 2025 zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung Maßnahmen für eine praktikable, zukunftssichere und krisenfeste Asyl- und Migrationspolitik zu erarbeiten. Im Folgenden werden die vorgeschlagenen kurz-, mittel- und langfristige Handlungsoptionen auf nationaler und europäischer Ebene aufgezeigt.⁷

4.1 Mittel- und langfristige Instrumente forcieren

Die aktuellen Statistiken zeigen: Die Zahl der Asylersanträge und der irregulären Einreisen nach Deutschland und in die Europäische Union sind rückläufig. Das ist ein Zeichen dafür, dass erste Maßnahmen der sogenannten Migrationswende Wirkung zeigen. Doch zugleich ist festzustellen: Länder und Kommunen stoßen bei der Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen nach wie vor an ihre Belastungsgrenzen. Die Kapazitäten sind limitiert – nicht nur in infrastruktureller Hinsicht, sondern auch was die gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft betrifft. Das politische und gesellschaftliche Klima ist spürbar angespannt.

Die Debatten zum Thema Migration sind intensiv, oft kontrovers. Mitunter werden vereinfachende Antworten auf komplexe Fragestellungen präsentiert. Auch auf die Frage, wie man irreguläre Migration nach Deutschland und Europa wirksamer steuern und begrenzen und dabei die notwendige Balance zwischen Humanität und Ordnung wahren kann. Diese Frage ist weder einfach noch schnell zu beantworten. Aber sie verdient eine offene, sachliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung. Denn nur so kann man tragfähige Wege finden, die sowohl dem Schutzbedürfnis von Menschen auf der Flucht gerecht werden als auch den berechtigten Erwartungen der Gesellschaft an Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und infrastrukturelle Belastbarkeit.

6. BMI: Mit Humanität und Ordnung, 2025.

7. Schmid 29.07.2025.

Die Expertenrunden ergaben, dass an kurzfristigen Maßnahmen bereits viel umgesetzt wurde mit verstärkten Grenzkontrollen, dem Aussetzen humanitärer Aufnahme, der Einschränkung von Sozialleistungen sowie der Ausweitung sicherer Herkunftsländer.⁸ Mittel- und langfristig wurde jedoch erst wenig bewirkt, weshalb es nun diesbezügliche Maßnahmen zu forcieren gilt (Tab. 2).

Tabelle 2: Kurz-, mittel- und langfristige Migrationspolitiken

Kurz (Wirkung in < 1 Jahr)	Mittel (Wirkung in 1-3 Jahren)	Lang (Wirkung nach > 3 Jahren)
Grenzkontrollen verstärken	Migrationsabkommen abschließen und umsetzen	Fluchtursachen bekämpfen
Humanitäre Aufnahme aussetzen	In Migrationsmanagement in Deutschland investieren („Ölen der Maschine“)	In Transit- und Nachbarländer investieren
Sozialleistungen einschränken / Pull-Faktoren verringern	Hürden für Arbeitsmigration abbauen (Work-and-Stay-Agentur)	Grundlegende Systemänderungen („Neubau der Maschine“)
Liste sicherer Herkunftsländer erweitern	GEAS umsetzen	...

Quelle: Basierend auf einer Präsentation von Victoria Rietig bei einer HSS-Expertenrunde am 11.07.2025.

Mittelfristig sollte die Etablierung und Evaluierung von Migrationsabkommen priorisiert, die Hürden für Arbeitsmigration abgebaut und die GEAS-Reform umgesetzt werden. Ferner bedarf es Investitionen in das deutsche Migrationsmanagement, was heißt, die Migrations- und Asylgesetzgebung zu entschlacken, Gerichtsverfahren zu beschleunigen, Ausländerbehörden zu entlasten (z. B. durch Zentralisierung der Dublin-Rücküberstellung) sowie Digitalisierung voranzubringen. Langfristig sollte es darum gehen, Fluchtursachen zu bekämpfen, in Transit- und Nachbarländer zu investieren sowie Systemänderungen im Asylrecht zu erwirken (z. B. territoriales Asyl ersetzen).

Hierfür notwendig sind mehr Konstanz in der Migrationsdiplomatie und politisches Kompromissgeschick in den Bereichen Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen, Asylauslagerung, Migrationsabkommen, Rückkehr und Abschiebungen, humanitäre Aufnahmeprogramme und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.⁹

8. BReg: Koalitionsvertrag, 2025.

9. Rietig/Meiners 2025; Rietig/Schäfer 2025.

Migrationsabkommen mit sicheren Drittstaaten können dazu beitragen, irreguläre Migration und das Sterben im Mittelmeer zu reduzieren. Deutschland als Hauptzielland irregulärer Migration hat großes Interesse an sog. Drittstaatenlösungen. Der Mechanismus wäre – vergleichbar mit dem EU-Türkei-Abkommen von 2016 – dass jeder Migrant, der nach einem Stichtag Italien oder Griechenland erreicht, ein faires Verfahren primär in einem sicheren Drittstaat durchläuft. Dadurch dürfte die Zahl der Ankommenden in kurzer Zeit stark zurückgehen.¹⁰ Um eine Auslagerung von Asylverfahren zu ermöglichen, müsste das sog. Verbindungselement gestrichen werden, das besagt, dass Migranten nicht ohne Weiteres in Drittstaaten abgeschoben werden können, zu denen sie keinen Bezug haben.

4.2 Migrationspolitischen Paradigmenwechsel einleiten

Um Migration zu steuern, bedarf es einer großen Bandbreite nationaler, europäischer und internationaler Maßnahmen, die situationsabhängig kombiniert erst den Steuerungserfolg erbringen. Kurzfristig kann man die Steuerungsleistung innerhalb des bestehenden Systems verbessern, langfristig bedarf es jedoch eines Systemwechsels. Denn auch die GEAS-Reform löst die bestehenden Strukturprobleme nicht.¹¹

Anzudenkende Maßnahmen wären: Vollzugsdefizite beheben, Entschlackung der komplizierten Einzelprüfungen, Abschaffung mehrfacher Asylanträge innerhalb Europas, Aufenthalt in Transitzentren während des gesamten Verfahrens, Rückkehrzentren und Asylverfahren in Drittstaaten, ganzheitliche internationale Zusammenarbeit mit Transit- und Herkunftsländern, verbesserte Lebensbedingungen und Schutzregime entlang der Migrationsrouten sowie strategisch eingesetzte legale Zugangswege für Arbeitskräfte, Familienangehörige und Geflüchtete.¹²

International bräuchte es vorrangig die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern. Auf europäischer Ebene gilt es, die jüngste Asylreform konsequent fortzuentwickeln. National sollte man ressortübergreifend denken, um gleichzeitig irreguläre Migration zu reduzieren und reguläre Migration zu ermöglichen (Tab. 3).

10. Knaus 2023.

11. Schmid 21.10.2025.

12. Thym 2025; Koopmans 2023.

Tabelle 3: Zentrale migrationspolitische Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene

Nationale Ebene	EU-Ebene	Internationale Ebene
Ressortübergreifendes Denken zur Reduzierung irregulärer Migration bei gleichzeitiger Ermöglichung regulärer Migration	Konsequente Fortentwicklung der jüngsten Asylreform (GEAS)	Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern

Quelle: Basierend auf einem Vortrag von Prof. Dr. Daniel Thym bei einer HSS-Expertenrunde am 11.07.2025.

4.3 Zur Umsetzung des EU-Migrations- und Asylpakets

Die GEAS-Reform muss bis Sommer 2026 in Deutschland und allen anderen EU-Mitgliedstaaten vollständig in nationales Recht umgesetzt sein. Die Kernelemente des EU-Migrations- und Asylpakets¹³ sind jedoch rechtlich einfacher umzusetzen, als praktisch. Die praktischen Hürden umfassen Infrastruktur, Personal und Finanzen. Zur Durchführung von Asylverfahren an der EU-Außengrenze muss erst die Infrastruktur geschaffen werden. Ferner ist die Funktionsausweitung von Eurodac zeit- und ressourcenintensiv. Wichtige Rechtsakte, die jüngst vom Europäischen Parlament gebilligt wurden, betrafen die Einstufung sicherer Herkunftsstaaten und die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten.

„Mit dem neuen GEAS soll ein Gleichgewicht aus Solidarität, Humanität und Ordnung entstehen. Ziel ist, die Verantwortung in Europa gerechter zu verteilen“, so Bundesinnenminister Dobrindt.¹⁴ Als zentrale Voraussetzungen für das Funktionieren des Gemeinsames Europäischen Asylsystems benennt er:

- Schutz der EU-Außengrenzen und dortige Durchführung von Asylverfahren
- Verhinderung von Sekundärmigration, indem sich die EU-Mitgliedstaaten wieder an die Dublin-Regeln halten
- Solidarität mit den an den Außengrenzen liegenden EU-Mitgliedsstaaten.

13. EK 2025.

14. BMI 09.10.2025.

5. Fazit und Ausblick: Humanität braucht Ordnung – Ordnung ermöglicht Humanität

Insbesondere bürgerlich-konservative politische Strömungen betonen, dass nachhaltige Migrationspolitik nicht allein moralischen Idealen folgen darf, sondern in einem verantwortlichen Verhältnis zur staatlichen Steuerungsfähigkeit stehen muss. Diese Perspektive begreift Ordnung nicht als Gegensatz zur Humanität, sondern als deren Voraussetzung. Die Herausforderung jedoch liegt in der dynamischen Ausbalancierung beider Prinzipien: Ziel ist eine Politik, die weder Humanität relativiert noch Ordnung delegitimiert, sondern beide in ein funktionales Verhältnis bringt. In diesem Sinne ist das konservative Verständnis von Migrationspolitik nicht Ausdruck von Abschottung, sondern der Versuch, verantwortbare Humanität unter den Bedingungen demokratischer Steuerbarkeit zu gestalten.

Eine nachhaltige Reform der Asyl- und Migrationspolitik erfordert starken Gestaltungswillen, transparente Kommunikation, rasche Umsetzung und langen Atem, denn die Erfolge stellen sich erst mittel- bis langfristig ein. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen und die Voraussetzungen für eine praktikable, krisenfeste und vorausschauende Migrationspolitik zu schaffen. Weitsicht und Kompromissbereitschaft sind hierbei unabdingbar, denn aktuell sind unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten: An der Binnengrenze gehen die Feststellungen irregulärer Migranten zurück, gleichzeitig wächst jedoch der Migrationsdruck auf die EU-Außengrenze. Aufgrund geopolitischer Konfliktlagen, bestehender Wohlstandsunterschiede und klimatischer Veränderungen wird es in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Gründe für irreguläre Migration geben. Darauf gilt es vorbereitet zu sein. Ferner bedarf es einer umfassenden Neuausrichtung hin zu einer realistischen, werteorientierten und steuerbaren Migrationspolitik, getragen von den Prinzipien „Offenheit und Grenzen“ sowie „Humanität und Ordnung“. Die Grundidee des Flüchtlingsschutzes gilt es unter den Bedingungen der Globalisierung neu zu vermessen.

DR. SUSANNE SCHMID

ist Leiterin des Referats Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration der
Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Literaturverzeichnis

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Das Bundesamt in Zahlen 2024. Asyl, Migration und Integration, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2024.pdf?__blob=publication-File&v=3, 2025, S. 16 f, abgerufen am 04.11.2025.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Aktuelle Zahlen (12/2025), <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-dezember-2025.html>, 2026, S. 5, abgerufen am 13.01.2026.
- Bundesministerium des Innern (BMI): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/gemeinsame-europaeische-asylsystem/gemeinsame-europaeische-asylsystem-node.html>, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Bundesministerium des Innern (BMI): Kontrolle, Kurs und klare Kante muss für ganz Europa gelten!, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2025/10/bt-geas.html>, 09.10.2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Bundesministerium des Innern (BMI): Mit Humanität und Ordnung: Die Migrationswende, <https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/schwerpunkte/DE/migration-dobrindt/migration-dobrindt-schwerpunkt.html>, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU): Grundsatzprogramm. Die Ordnung, https://www.csu-geschichte.de/media/user_upload/CSU_Grundsatzprogramm_2016.pdf, 2016, S. 14-15, abgerufen am 04.11.2025.
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU): Grundsatzprogramm. Für eine neues Miteinander, https://www.csu.de/common/download/CSU_Grundsatzprogramm_2023.pdf, 2023, S. 72-75, abgerufen am 04.11.2025.
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU): Grundsatzprogramm. Für eine neues Miteinander, 2023, S. 60.
- Die Bundesregierung (BReg): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Verantwortung für Deutschland. 21. Legislaturperiode, <https://www.koalitionsvertrag2025.de/>, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Die Bundesregierung (BReg): Schwerpunkte der Bundesregierung. Sichereres Zusammenleben, geordnete Migration, stärkere Integration, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/schwerpunkt-innere-sicherheit-2342568#tar-3>, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Europäische Kommission (EK): Migrations- und Asylpaket, https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/pact-migration-and-asylum_de, 21.05.2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Knaus, Gerald: Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl, München 2023.
- Koopmans, Ruud: Die Asyl-Lotterie: Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg, München 2023.
- Rietig, Victoria / Meiners, Sophie: Migrationsdiplomatie nach der Bundestagswahl. Fünf Empfehlungen für die neue Regierung, DGAP Memo, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/migrationsdiplomatie-nach-der-bundestagswahl>, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Rietig, Victoria / Schäfer, Isabelle: Deutschlands Migrationspolitik nach der Wahl. Kompromisse für die Koalitionsverhandlungen, DGAP Analyse, https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP-Analyse_Nr-2_Feb-2025_28S.pdf, 2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Schmid, Susanne: Die Asylpolitik der Zukunft, <https://www.hss.de/news/die-asylpolitik-der-zukunft-news13133/>, 29.07.2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Schmid, Susanne: Asylpolitik am Wendepunkt, <https://www.hss.de/news/irregulaere-migration-wirksamer-steuern-und-begrenzen-1-news13396/>, 21.10.2025, abgerufen am 04.11.2025.
- Thym, Daniel: Migration steuern. Eine Anleitung für das Hier und Jetzt, München 2025.